



MEDIENINFORMATION

Kantonspolizei Nidwalden ist auf mehr Personal angewiesen

In einem Vorstoss werden Bedenken zum Personalbestand der Kantonspolizei Nidwalden geäussert. Der Regierungsrat bestätigt, dass die Polizei einen Bedarf an zusätzlichem Personal aufweist. Erste Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation sind eingeleitet worden, zudem arbeitet der Regierungsrat aktuell an einer strategischen Ausrichtung, welche auch die Personalentwicklung miteinbezieht.

Aussagen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren in diesem Frühjahr, wonach die Fluktuation bei Polizeikorps hoch ist und schweizweit rund 7'000 Polizistinnen und Polizisten fehlen, haben aufhorchen lassen. Zusätzlich hat der Umstand, dass die Kantonspolizei Nidwalden gemessen an der Bevölkerungszahl das kleinste Polizeikorps aufweist, Landrat Mario Röthlisberger, Ennetbürgen, und Mitunterzeichnende im April dazu bewogen, eine Interpellation zum Personalmangel bei der Kantonspolizei einzureichen. Eine Frage steht dabei besonders im Zentrum: Ist die Polizei noch in der Lage, ihren Auftrag vollumfänglich zu erfüllen?

Der Regierungsrat bestätigt in seiner Antwort auf den Vorstoss, dass die Fluktuationsrate bei der eigenen Kantonspolizei etwas höher ausfällt als bei anderen Korps. Sie bewegt sich aber in einem vergleichbaren Rahmen. Die Gründe für nicht natürliche Abgänge sind vielfältig, so spielen vor allem höhere Chancen auf eine fachspezifische Weiterentwicklung in anderen Korps, betriebliche Umstrukturierungen oder persönliche Veränderungen wie Familienzuwachs oder gesundheitliche Herausforderungen eine Rolle. «Die jüngere Generation zeigt eine höhere Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel, insbesondere wenn sie Aussichten auf eine bessere Karriere und Entlohnung oder eine ausgewogenere Work-Life-Balance vorfindet», erläutert Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi.

«Die Arbeitsbelastung von Polizistinnen und Polizisten ist generell als hoch bis sehr hoch einzustufen», fährt Karin Kayser-Frutschi fort. Der gesetzliche Auftrag hat sich in der jüngsten Vergangenheit erweitert und zahlreiche Polizeikorps haben Schwierigkeiten, den Veränderungen und neuen Herausforderungen zeitnah gerecht zu werden. Obwohl kleine Kantone viele Aufgaben in Zusammenarbeit mit grösseren

Kantone bewältigen, reichen die Ressourcen häufig nicht, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. «Wir befinden uns in einem Teufelskreis», veranschaulicht die Justiz- und Sicherheitsdirektorin. Besonders belastend sind Situationen, in denen Mitarbeitenden die Bewältigung ihrer Aufgaben aufgrund fehlender Ressourcen oder übermässiger Arbeitslast als schwer oder gar unmöglich erscheinen. Weil sich die Polizistinnen und Polizisten dazu verpflichtet fühlen, ihre Aufgabe dennoch gewissenhaft zu erfüllen, führt dies auf Dauer vermehrt zu gesundheitlichen Beschwerden. So mussten Mitarbeitende verschiedentlich vom Schichtdienst abgezogen werden oder eine längere Berufsauszeit zur Erholung nehmen.

Bericht trägt den lokalen Gegebenheiten Rechnung

Der Regierungsrat hat im Vorjahr eine Organisations- und Aufgabenprüfung der Kantonspolizei durch ein externes Büro initialisiert, welche auch die Besonderheiten von Nidwalden miteinschliesst. So ist zum Beispiel die organisierte Kriminalität entlang der Autobahn A2 ausgeprägter als in anderen Regionen. Der Schlussbericht des Büros zeigt nicht unerwartet einen Bedarf an zusätzlichem Personal auf.

Der Regierungsrat befasst sich gegenwärtig allgemein mit der langfristigen Personalentwicklung in der Gesamtverwaltung. Gestützt auf den Bericht und die interne Bedarfsanalyse wird der Regierungsrat voraussichtlich im Frühjahr 2024 auch die Schwerpunkte der Personalentwicklung bei der Kantonspolizei festlegen und über entsprechende Massnahmen entscheiden.

Um dem zunehmenden Personalmangel entgegenzuwirken, haben Regierungsrat und Kantonspolizei bereits erste Optimierungsschritte eingeleitet. «Es ist uns aber bewusst, dass noch weitere Massnahmen erforderlich sind, um die Bedingungen fürs Personal nachhaltig zu verbessern und die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern», hält Karin Kayser-Frutschi fest. Deshalb fliessen auch Aspekte wie die Entschädigung, die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten oder Investitionen in eine zeitgemässe Ausrüstung und Technologie in die Erarbeitung der Strategie mit ein.

RÜCKFRAGEN

Karin Kayser-Frutschi, Justiz- und Sicherheitsdirektorin, Telefon +41 41 618 45 83, erreichbar am Freitag, 29. September, von 10.00 bis 11.00 Uhr.

Stans, 29. September 2023